

von Posadowsky-Wehner, Harald

**Article — Digitized Version**

## Umstellungen in der amerikanischen Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* von Posadowsky-Wehner, Harald (1951) : Umstellungen in der amerikanischen Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 4, pp. 34-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131292>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

dungen auf diesen Gebieten werden nicht durch Tarifverträge getroffen, sondern mit dem Stimmzettel. Die politische Mobilisierung der Gewerkschaftler ist zu einer der wichtigsten Aufgaben der modernen Gewerkschaftler geworden.

Davon ausgehend vertreten manche der Funktionäre die Auffassung, daß die Gewerkschaften politischen Einfluß nur dann erringen und behaupten können, wenn sie Wortführer nicht bloß der Gruppeninteressen

ihrer Mitglieder, sondern auch breiterer Schichten der Bevölkerung sind. Aber das ist zutiefst eine politische Fragestellung. Von diesen Ideen ausgehend, müßten die Gewerkschaften logischerweise zu einer politischen Haltung kommen. Ob sie diesen großen Sprung machen werden, der allem, was Gompers lehrte, widerspräche, ist einstweilen noch ungewiß. Die Geschichte folgt nicht immer der Logik des menschlichen Denkens.

## Umstellungen in der amerikanischen Wirtschaft

Dr. Harald Graf v. Posadowsky-Wehner, Frankfurt a. M.-Hochst

Die politische, militärische und wirtschaftliche Verflechtung der westlichen Welt wird immer stärker und der Führungsanspruch der USA. täglich sichtbarer. Jede große Entscheidung in Amerika ruft daher unmittelbare Reaktionen in den anderen Ländern hervor. Wenn also die USA. ihre Rüstungsausgaben von 15 Mrd. \$ auf 40 oder 50 Mrd. im Jahr erhöhen, so sind starke Rückwirkungen auf die Waren- und Geldmärkte der westlichen Welt unvermeidbar. Die wichtigsten Folgen für den Außenhandel lassen sich folgendermaßen skizzieren:

1. Verstärkte Einfuhren der USA. an Rohstoffen und Halbzeug, um die geplanten Produktionssteigerungen und das Rüstungsprogramm durchführen zu können.
2. Dollar-Reichtum in den Rohstoffländern, die ihre Produktionen spielend und zu hohen Preisen verkaufen bei gleichzeitig abnehmendem Warenangebot aus den USA.
3. Großer Warenhunger nach Fertigprodukten auf dem amerikanischen Binnenmarkt infolge der teilweisen Umstellung auf Rüstungsproduktion.
4. Verminderte Exportbereitschaft der USA. für Rohstoffe, Halbzeug und Fertigwaren.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß Absatzmärkte für die deutsche Industrie künftig reichlich vorhanden sein dürften, daß jedoch die Sicherung des Rohstoffbedarfs große Schwierigkeiten machen wird. Neben diesen unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen sind aber auch die Auswirkungen mehr psychologischer Art zu beachten. Die Tatsache, daß sich das Mutterland der freien Marktwirtschaft und des freien Unternehmertums ganz bewußt und offen — wenn auch bedauernd — von diesem System vorläufig trennt, muß sich auch auf die Wirtschaftspolitik der anderen westlichen Länder nachhaltig auswirken. Und zwar nicht nur aus den vorerwähnten wirtschaftlichen Gründen, sondern auch deshalb, weil die amerikanische öffentliche Meinung es einfach nicht zulassen würde, daß in den USA. die Steuern erhöht werden, die Arbeitszeit verlängert wird, die Löhne einfrieren, der Bau von Wohnungen erschwert wird und viele Waren mehr oder weniger vom Markt verschwinden, während man gleichzeitig in Frankreich oder Deutschland weiter lebt, als wäre man noch im Jahr 1950. Sicherlich ist das politisch unmöglich, und Amerika hat starke Druckmittel, um die europäischen Staaten zu einem zeitgemäßen Verhalten zu zwingen.

### ANLAUFEN DER RÜSTUNGSPRODUKTION

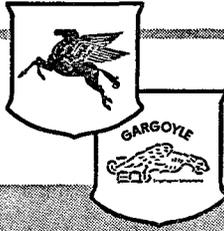
Am 16. Dez. 1950 verkündete Präsident Truman den Nationalen Notstand. Ähnliche Erklärungen wurden bisher erst zweimal in der amerikanischen Geschichte abgegeben, einmal 1917 durch den Präsidenten Wilson, das andere Mal 1941 durch den Präsidenten Roosevelt, 6 Monate vor Pearl Harbour. Bereits diese beiden Daten der Vergangenheit beleuchten den Ernst der Lage und die politische Bedeutung der Erklärung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Nationalen Notstandes sind dagegen bisher nicht so wesentlich. Vielmehr hatte Präsident Truman bereits durch das Verteidigungsgesetz vom 8. 9. 1950 alle notwendigen Vollmachten erhalten, um die zahllosen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die während der letzten Wochen begonnen haben, durchführen zu können. Die Erklärung des Nationalen Notstandes ist somit mehr ein politisch-demonstrativer Akt als ein legislativer Wendepunkt.

Auf dem militärischen und Rüstungssektor kündigte Truman an, daß die Streitkräfte von 1,5 Mill. Mann in der Zeit vor dem Koreakonflikt bereits auf 2,5 Mill. angewachsen seien und bis Juni 1951 auf 3,5 Mill. erhöht werden sollen. Die Rüstungsproduktion, die nach anderer Quelle bisher erst 7 % der industriellen Produktion umfaßt, soll im ersten Halbjahr 1952 auf vollen Touren laufen und dann etwa 25 % der Industrieproduktion ausmachen. Vergleichsweise sei erwähnt, daß der Anteil der Rüstungsproduktion im letzten Krieg bis auf 50 % anstieg, bei einem allerdings niedrigeren Industriepotential als heute. Als Produktionsziele im Einzelnen wurden u. a. genannt 100 000 Flugzeuge im Jahr und 35 000 Panzer.

Die sprunghafte Steigerung der Aufrüstung soll nach den Worten des Präsidenten nicht nur der Bewaffnung der eigenen Streitkräfte, sondern auch der Bildung großer Vorräte für den Ernstfall und der Versorgung der befreundeten Nationen mit Waffen dienen. Hinzu kommt der Aufbau einer umfassenden zivilen Verteidigung, vor allem im Luftschutz.

Im wirtschaftlichen Bereich fordert der Präsident: 1. Produktionssteigerungen, 2. Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel für das Rüstungsprogramm, 3. Kampf gegen die Inflation, 4. Errichtung von Kontrollbehörden zur Sicherung der Produktion und zur Stabilisierung der Lebenshaltungskosten.



# Mobilol und Gargoyle Schmiermittel haben Weltruf

DEUTSCHE VACUUM OEL AKTIENGESELLSCHAFT · HAMBURG

## PRODUKTIONSSTIEGERUNGEN

Produktionssteigerungen scheinen zunächst sehr schwierig, da die Kapazitäten in den USA. schon vor dem Ausbruch des Korea-Krieges voll ausgenutzt waren, während 1939 zunächst ein Reservoir von Arbeitslosen und freie Kapazitäten vorhanden waren. So setzt die heutige Aufrüstung vielfach bereits bei oder sogar über den Höchstzahlen des letzten Krieges ein. Als Beispiel für die veränderte Lage 1950 gegenüber 1939 sei erwähnt, daß die Beschäftigtenzahl 1950 vor Ausbruch des Korea-Krieges bei etwa 62 Mill. lag gegenüber nur 45 Mill. im Jahr 1939. Damals gab es allerdings auch offiziell 9 Mill. Arbeitslose gegenüber jetzt nur etwa 2 Mill. Die Stahlproduktion, die im Juni 1950 auf 100 Mill. t jährlich angestiegen war, belief sich 1939 nur auf 53 Mill. t. Die Aluminiumerzeugung hatte im Sommer 1950 740 000 t gegenüber 164 000 t 1939 erreicht. Diese wenigen Zahlen mögen genügen, um das gegenwärtige Wirtschaftspotential der USA. zu demonstrieren, sie zeigen aber auch die besondere Problematik: Die Rüstungsproduktion kann nur durch drastische Einschränkungen der Friedensproduktion im vororgesehenen Ausmaß gesteigert werden. In einer Übersicht der US. News and World Report wurden hierfür u. a. folgende Zahlen genannt: Erzeugungsrückgang für Rundfunkgeräte von 15,7 Mill. Einheiten 1949 auf 8,2 Mill. 1951, für Autos von 8,6 Mill. Einheiten auf 5,1 Mill., Kühlschränke von 6,6 Mill. auf 4,5,5 Mill., Waschmaschinen von 5,1 Mill. auf 2,6 Mill., und für Fernsehapparate von 9,8 Mill. auf 5 Mill. Einheiten. In den ersten Monaten dieses Jahres haben allerdings die Produktionszahlen für diese Waren höher gelegen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bedeutung der geplanten Produktionseinschränkungen für den amerikanischen Binnenmarkt und ihre Rückwirkungen auf den amerikanischen Außenhandel brauchen hier nicht näher ausgeführt zu werden. Es muß jedoch betont werden, daß die Amerikaner die Beschränkungen der Zivilproduktion nur als einen Teil ihres Wirtschaftsprogramms betrachten.

Die Beschäftigtenzahl soll durch vermehrten Arbeitseinsatz von Frauen, Jugendlichen und Älteren von 62 Mill. auf 68 Mill. erhöht werden. Außerdem soll die Arbeitszeit verlängert werden. Sie hat zwar in den letzten Monaten bereits um 2 Stunden zugenommen, erreichte jedoch trotzdem erst einen Durchschnitt von 42 Stunden. In der Verlängerung der Arbeitszeit stecken also noch große Reserven für eine Produktionssteigerung.

Die Stahlkapazität soll innerhalb von 2 Jahren um 20 Mill. t, d. h. auf 120 Mill. t, erhöht werden. Große Investitionen sind ferner auf dem Gebiet der Elek-

trizität und in der Aluminiumproduktion vorgesehen. Außerdem verfügt die amerikanische Rüstungswirtschaft über unzählige moderne Fabrikationsstätten, die im letzten Krieg errichtet und nach dem Krieg wieder stillgelegt wurden. Diese noch völlig intakten Anlagen — für synthetischen Kautschuk, für Schiffbau, Flugzeuge oder Kanonen — sollen sofort wieder in Betrieb genommen werden und erlauben eine sehr viel schnellere Rüstungssteigerung als im letzten Krieg.

## FINANZIERUNG DER RÜSTUNG

Wer soll diese Aufrüstung bezahlen? Eine sehr schwierige Frage, auf die Truman und seine Ratgeber bisher nur die brutale Antwort bereit hatten: Der Steuerzahler. Die jährlichen Ausgaben für Verteidigungszwecke beliefen sich in den vergangenen Jahren bei einem Gesamtausgabenbudget von etwa 40 Mrd. \$ auf etwa 15 Mrd. \$. Für das Finanzjahr 1950/51 sollten die Verteidigungsausgaben einschließlich der Beihilfen für das Ausland zunächst auf 30 Mrd. \$ steigen und haben inzwischen eine weitere Erhöhung auf 42 Mrd. \$ erfahren. In dem neuen Budget-Entwurf des Präsidenten vom 15. 1. 1951 sind für das Fiskaljahr 1951/52 insgesamt fast 72 Mrd. \$ Ausgaben geplant, davon 41,5 Mrd. für die eigenen Streitkräfte, 7,5 Mrd. für Auslandshilfe (überwiegend auch Rüstungsbeiträge) und nur 22,7 Mrd. für alle sonstigen Ausgaben. Vergleichsweise sei erwähnt, daß der amerikanische Haushalt im letzten Krieg mit 100 Mrd. \$ Gesamtausgaben 1944/45 seinen Höhepunkt erreichte, 1941/42 jedoch erst 34 Mrd. \$ betragen hatte. Der Anteil des Wehretats sowie der Auslandshilfe am Bruttosozialprodukt beläuft sich in diesem Fiskaljahr auf rund 15 % und wird sich im kommenden Jahr noch weiter erhöhen. Das erste Steuererhöhungsgesetz vom Sept. 1950 wurde im Repräsentantenhaus mit der überwältigenden Mehrheit von 328 : 7 Stimmen und im Senat fast einstimmig angenommen, obwohl es eine Erhöhung der Einkommen- und der Lohnsteuer um durchschnittlich 17 bis 20 % und eine Erhöhung der Körperschaftssteuer um 15 % brachte. Hinzu kamen ferner neue Verbrauchssteuern. Der Gesamtertrag der Steuererhöhungen vom September wird auf rd. 5 Mrd. \$ geschätzt. Mit ähnlich großer Mehrheit wurde am 1. 1. 1951 das Gesetz für die Übergewinnsteuer der Kapitalgesellschaften verabschiedet. Übergewinne werden mit 77 % belastet, und man erwartet aus dieser Steuerquelle 3 Mrd. \$. Weitere große Steuererhöhungen, insbesondere auch für Löhne und sonstige Einkommen, sowie hohe neue Verbrauchssteuern werden z. Zt. erörtert. In dem Vorschlag des Präsidenten für das Fiskaljahr 1951/52 ist das Defizit, das durch neue Steuern gedeckt werden soll, mit 16,5 Mrd. \$ veranschlagt worden.

Selbst bei einer Verwirklichung der Steuerpläne bleibt jedoch voraussichtlich ein Fehlbetrag, und noch ist keine obere Grenze für die Rüstungsausgaben abzusehen. Die Diskussionen um die Finanzierung der Aufrüstung und der Kampf um die Verteilung der Steuerlast werden daher in den kommenden Monaten mit an erster Stelle stehen.

#### KAMPF GEGEN DIE INFLATION

In dem sehr ernst genommenen Kampf gegen die Inflation, in dem die Steuerschraube an erster Stelle steht, sind außerdem bisher folgende wichtige Maßnahmen ergriffen worden:

Erhöhung des Diskonts der Federal Reserve Bank um  $\frac{1}{4}\%$  auf  $1\frac{3}{4}\%$  und Erhöhung der Reservefonds der Banken bei den Federal Reserve Banken zum 1. Febr. 1951 um 2 Mrd. \$.

Die für den Mann auf der Straße einschneidendste Maßnahme war aber die Restriktion der Konsumkredite. Bekanntlich sind die USA. das Land der Konsumkredite, die im Herbst 1950 etwa 21 Mrd. \$ erreicht hatten, davon allein 13 Mrd. Abzahlungskredite. Ab Sept. 1950 wurden die Abzahlungsbestimmungen für Autos, Möbel usw. wesentlich ungünstiger, und zwar durch die von der Regierung befohlene Erhöhung der Anzahlungssumme und durch eine Verkürzung der Abzahlungszeit. Eine weitere sehr wichtige Kreditrestriktion wurde auf dem Gebiet des Häuserbaues verordnet, von der man sich einen Rückgang der Neubauten um  $\frac{1}{3}$  oder sogar um 50 % verspricht. Hierdurch würden große Materialmengen und Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Weitere Maßnahmen auf dem Geld- und Kapitalmarkt sind zu erwarten, sobald die Wirtschaftsumstellung genügend vorgeschritten ist. Dieser Zeitpunkt wird dann gekommen sein, wenn die augenblicklich genehmigten Riesenbeträge für die Aufrüstung tatsächlich ausgegeben werden, was bis jetzt noch nicht der Fall war. Die bisherigen Steigerungen der Bankenausleihungen waren vielmehr nur eine Folge der umfangreichen Vorratsbildung der Wirtschaft, sei es aus spekulativen Gründen, sei es als Teil des Rüstungsplanes. Sobald jedoch die Rüstungsgelder als effektive Kaufkraft zusätzlich auf dem Markt erscheinen, werden neue Geldabschöpfungen erforderlich, sei es durch Steuern, Kreditrestriktionen oder Zwangssparen.

Steuerschraube und Kreditrestriktionen stellen nun zwar das beste Mittel gegen allgemeine inflatorische Preissteigerungen dar, doch — so schrieb z. B. Mr. Roy Blough, ein prominenter Wirtschaftsberater Trumans — können diese Gegenmaßnahmen bei einem zu starken Inflationsdruck zu so hohen Steuersätzen oder zu so weitgehenden Kreditbeschränkungen führen, daß jeder Anreiz zur Produktion oder zur Steigerung der Erzeugung geschwächt oder andere unerwünschte Auswirkungen auf die Wirtschaft ausgelöst werden. In diesem Falle könnten direkte Kontrollen als Ergänzung zur Steuer- und Kreditpolitik notwendig werden.

#### MACHTZUWACHS DER BUROKRATIE

Gleichzeitig mit der Verkündung des Nationalen Notstandes verfügte der Präsident die Bildung eines Amtes für die Verteidigungsmobilisierung, des Office

of Defense Mobilisation. Dieses Amt ist eine Oberste Bundesbehörde und hat als Leiter Charles E. Wilson, bisher Präsident der General Electric Co. Wilson ist für seine Amtsführung nur dem Präsidenten Truman verantwortlich. Als unmittelbare Mitarbeiter wählte er den General L. Clay und den Finanzmann Weinberg. Aufgabe des Amtes ist die Leitung und Koordinierung aller Mobilisierungsmaßnahmen der Regierung einschließlich Produktion, Beschaffung, Transport, Wirtschaftsstabilisierung und Arbeitseinsatz. Die einzelnen Sonderbehörden arbeiten wie bisher weiter, haben aber von nun an das Amt als höchste Instanz. Wilson ist gleichzeitig oberster Leiter aller Dienststellen, die sich bisher innerhalb der einzelnen Ministerien mit Verteidigungsaufgaben befaßt haben, und hat die Vollmacht, derartige Ämter aufzulösen, neu zu bilden oder umzuorganisieren. Eine Machtkonzentration in dieser Form ist bisher in den USA. ganz ungewöhnlich. Sie ist ein Ergebnis der Erfahrungen des Krieges und beweist den Ernst, mit dem die Lage beurteilt wird.

Unter der obersten Behörde steht zunächst der Defense Mobilisation Board als ein beratendes Gremium für alle Fragen der Wirtschaftslenkung und allgemeinen Wirtschaftspolitik. Ferner die beiden großen Behörden: die Defense Production Administration (DPA.) und die Economic Stabilization Administration (ESA.).

Die DPA. ist die Koordinierungs- und Lenkungsstelle der eigentlichen Warenbewirtschaftung und hat somit die Aufgaben der National Production Authority (NPA.) übernommen, die jedoch als technische Durchführungsbehörde bestehen bleibt. Produktions- und Kapazitätsfragen, Verteilungsquoten, Restriktionen im zivilen Sektor, Verwendungs- und Hortungsverbote, Zuteilungen und Prioritäten für Rüstungswerke, Exportgenehmigungen usw. fallen in die Zuständigkeit dieser beiden Ämter. Die ESA. hat dagegen die Beaufsichtigung und Lenkung der Preise (einschl. Löhne) zur Aufgabe. Obwohl von Anfang an in allen amtlichen und privaten Kommentaren zur Aufrüstung eine strenge Kontrolle der Preise verlangt wurde, kam der fast totale Preisstop durch die „Allgemeine Höchstpreisverordnung“ vom 26. 1. 1951 doch überraschend. Erwähnt sei schließlich noch die Internationale Rohstoffkonferenz in Washington, die die zwischenstaatliche Rohstoffverteilung regeln soll und in deren Generalsekretariat und Ausschüssen Deutschland vertreten sein wird.

Es ist nicht Aufgabe dieses Aufsatzes, über die innerdeutschen Auswirkungen zu sprechen. Aber es erscheint angebracht, zum Schluß darauf hinzuweisen, daß die Amerikaner in Zukunft ihre Dollars und ihre Rohstoffe vermutlich nur noch zweckgebunden zuteilen werden. Die USA. haben von 1947 bis 1951 fast 20 Mrd. \$ für militärische und wirtschaftliche Auslandshilfe zur Verfügung gestellt. Deutschland hat auf diesem Wege seine Milliarden-Außenhandelsdefizite decken können und in den Gegenwertmitteln einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des deutschen Wiederaufbaues gefunden. Es ist anzunehmen, daß jede weitere amerikanische Hilfe nur auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit erfolgen wird, und zwar Gegenseitigkeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung.